

# Kohelet und Korintherbrief

Die Wahl in „God’s own country“ lässt auf etwas bessere Zeiten hoffen

■ HEINER BOBERSKI

Einen „Wahl-Krimi“ haben viele Medien die Entscheidung über den neuen Präsidenten der USA genannt. Ob das im ursprünglichen Wortsinn zutrifft, sei dahingestellt. Denn „crimen“ bedeutet zunächst Verbrechen, und ein solches – etwa der vom Wahlverlierer Donald Trump behauptete Wahlbetrug – konnte nicht nachgewiesen werden. Richtig ist, dass diese Wahl spannend wie ein Kriminalroman verlief, ehe nach vier Tagen der letztlich recht eindeutige Sieger Joe Biden feststand. Als kriminell und nicht nur als Trotzreaktion eines schlechten Verlierers kann man freilich Trumps Verhalten nach der Wahl bezeichnen. Denn der von ihm verzögerte Übergang zur neuen Administration bedeutet einen enormen Schaden für ein Land, das – nicht nur wegen der Corona-Pandemie – dringend eine neue Weichenstellung braucht.

Einig sind sich alle politischen Beobachter darin, dass die USA ein zutiefst gespaltenes Land sind. Sowohl auf Seiten der Republikaner als auch der Demokraten sagten vor der Wahl jeweils rund 90 Prozent, die Wahl des Gegenkandidaten würde großen Schaden für den Staat bedeuten. Es ist in erster Linie der Person Trump anzulasten, dass ein politischer Dialog kaum noch möglich ist, dass alles, was von der anderen Seite kommt, als „fake news“ abgetan wird und dass dubiose Verschwörungstheorien immer weitere Kreise ziehen. Die Tiraden Trumps gegen „Wahlbetrug“, den er schon vor dem Wahlgang als einzig möglichen Grund für eine Niederlage anführte, spalten das Land weiter, obwohl ihnen jede Grundlage fehlt. An dieser Niederlage können aber auch die von Trump angerufenen Gerichte – vorsorglich hat er noch vor der Wahl eine

massive Mehrheit seiner Parteigänger im „Supreme Court“ sichergestellt – nichts ändern. Denn in etlichen der umstrittenen Staaten waren Republikaner am Ruder und für die Stimmenauszählung verantwortlich. Wären die Ergebnisse gefälscht, hätte wohl nicht nur Trump schlecht abgeschnitten, sondern auch seine Partei, die aber bei den Wahlen zum Repräsentantenhaus und zum Senat weit besser als erwartet ausstieg.

Trump verdankte 2016 seine Wahl zum Präsidenten – wie schon im Jahr 2000 George W. Bush – dem historisch erklärbaren, aber demokratisch fragwürdigen Wahlsystem, das nicht den stimmenstärksten Kandidaten im ganzen Land zum Sieger macht, sondern jenen, der mehr von den einzelnen Bundesstaaten gestellte Wahlmänner hinter sich vereinigt. Die Entscheidung fällt daher in einzelnen „swing states“, in denen die Mehrheit schwankt und nicht von vornherein einer bestimmten Partei so gut wie sicher ist.

Die Wahlbeteiligung war 2020 außergewöhnlich hoch. Trump bekam zwar weit über 70 Millionen Stimmen – mehr als jeder Präsidentschaftskandidat zuvor –, aber Joe Biden übertraf ihn um mehr als fünf Millionen Stimmen. Im Duell zweier relativ alter Kandidaten – Biden ist Jahrgang 1942, Trump 1946 – erwies sich der ruhig und besonnen auftretende Biden letztlich als der richtige Gegenkandidat zum oft unberechenbar und aggressiv agierenden Trump, der in seiner Amtszeit eine Rekordzahl von Mitarbeitern „feuerte“, wie er das schon früher als Akteur in einer TV-Serie mit Vorliebe getan hatte. Die Wirtschaft und die Gesundheit waren jene Themen, die den Wahlkampf domi-



Heiner Boberski ist Journalist und Buchautor. Er war Chefredakteur der Wochenzeitung „Die Furche“ und Ressortleiter in der „Wiener Zeitung“.

■ Einig sind sich alle politischen Beobachter darin, dass die USA ein zutiefst gespaltenes Land sind.

nierten, dazu kamen aber auch starke religiöse Aspekte. In „God’s own country“, wie die USA manchmal genannt werden, wird „In God we trust“ sogar auf Geldscheine gedruckt. Das Glaubensbekenntnis und die Kirchengliederung der Kandidaten spielen für einen Teil der Wähler eine große Rolle. Das Pew Research Center, ein amerikanischer Think Tank, hat im März 2020 eine aufschlussreiche Studie veröffentlicht, aus der eindeutig hervorgeht, dass die weißen evangelikalen Protestanten (WEP) der USA weitgehend auf der Seite von Donald Trump stehen. 53 Prozent von ihnen sagten, Trump kämpfe für das, woran sie glauben. 41 Prozent von ihnen stimmen weitestgehend mit Trumps Positionen überein, von allen Amerikanern sind das nur 19 Prozent.

63 Prozent aller Amerikaner (auch 63 Prozent der WEP) wollen einen Präsidenten, der ein moralisches Leben führt, 20 Prozent (34 Prozent der WEP) einen, der starke religiöse Überzeugungen hat (auch wenn es nicht die eigenen sind). Für 14 Prozent (34 Prozent der WEP) ist es wichtig, den religiösen Glauben mit dem Präsidenten zu teilen.

Als moralisch sehr aufrechten Menschen will Trump nur eine kleine Minderheit der Amerikaner (8 Prozent), aber auch der WEP (12 Prozent) bezeichnen, als ehrlich auch nur wenige (15 Prozent der Amerikaner, 23 Prozent der WEP). 63 Prozent der Amerikaner (aber auch 35 Prozent der WEP) vermochten an ihm so gut wie keine Religiosität zu finden. Trump selbst, der in der Presbyterianischen Kirche konfirmiert wurde, nennt sich einen konfessionsungebundenen Christen.

In einer Umfrage war sich ein Drittel der befragten Amerikaner nicht sicher, welcher Religion er angehört. Selbst von den Republikanern identifizierten ihn nur 60 Prozent als Christen, davon 47 Prozent als Protestanten, 10 Prozent als Katholiken und 3 Prozent als „nur Christen“. Dass sich Donald Trump im Wahlkampf mit einer Bibel vor einer Kirche, die er dann

gar nicht betrat, fotografieren ließ, löste berechtigte Kritik aus. In einem Interview verweigerte Trump auf die Frage nach einer Stelle in der Bibel, die ihm besonders gefalle, die Antwort und machte dabei den Eindruck, mit dem Inhalt dieses Buches kaum vertraut zu sein.

Die Frage, ob die Bibel mehr Einfluss auf die US-Gesetzgebung haben sollte, bejahten 28 Prozent aller Amerikaner, von den Christen waren es 42 Prozent (die nicht ausgewiesenen Katholiken offenbar weniger, aber 50 Prozent der schwarzen Protestanten und sogar 68 Prozent der WEP). Aus der Umfrage ging auch hervor, dass 50 Prozent der Amerikaner jeglichen Einfluss der Bibel auf die US-Gesetzgebung ablehnen und 16 Prozent nicht an Gott glauben.

Der bisherige Vizepräsident Mike Pence gilt als wesentlich religiöser als Trump. Er wuchs als Katholik auf, konvertierte aber dann zur evangelikalen Grace Evangelical Church. Pence leugnet die Evolution, den Klimawandel und die Gefahren des Rauchens und betrachtet als Anhänger der „Prosperity Gospel“ Reichtum und Erfolg als Beweis der Gunst Gottes, Armut und Misserfolg dementsprechend als Zeichen von Gottes Ungunst.

Das unterscheidet ihn von der neuen Vizepräsidentin Kamala Harris, die sich in einem Interview mit „Religion News Service“ zu einem liebenden Gott bekannte, der uns auffordert, für die Armen und Schwachen da zu sein. Harris, die erste Frau in diesem Amt, will sich für die Rechte religiöser Minderheiten einsetzen. Die Angehörige einer Baptistengemeinde, als Tochter eines Schwarzen aus Jamaika und einer Inderin mit dem Christentum und dem Hinduismus vertraut, kennt durch ihren Ehemann auch die Traditionen des Judentums. „Wir wandeln durch Glauben, nicht durch Schauen“ (1 Korinther 5,7) sei ihre bevorzugte Bibelstelle, sagt Harris, die betont, Glaube zeige sich nicht nur in den Kirchen und durch Gebete, sondern im Leben.

Es gab bisher nur einen einzigen katholischen US-Präsidenten, nämlich John F. Kennedy, der nun gewählte Joe Biden ist der zweite. Der regelmäßige Kirchgänger verlor in jungen Jahren bei einem Unfall seine Frau und seine Tochter, seine Söhne wurden damals schwer verletzt. Zur Erinnerung an seinen 2015 im Alter von 46 Jahren an Krebs verstorbenen Sohn Beau trägt Biden stets dessen Rosenkranz mit sich. „Jetzt ist eine Zeit zum Heilen“, zitierte Biden in einer seiner ersten Reaktionen auf den Wahlsieg das alttestamentliche Buch Kohelet (3,3). Er will die Herkulesaufgabe der Versöhnung der tief gespaltenen amerikanischen Gesellschaft in Angriff nehmen. Viele Wähler Bidens waren von ihm nicht begeistert, stehen aber in absoluter Gegnerschaft zu Trump, der – trotz seiner Defizite auf allen Linien – möglicherweise sogar wiedergewählt worden wäre, wenn er nicht bei der Bekämpfung der Corona-Pandemie versagt hätte.

Darf man den Meinungsforschern glauben, so hat nur eine Minderheit der deklarierten Christen im Land Joe Biden gewählt. Das dürfte vor allem am Thema Abtreibung liegen, das in den USA äußerst kontrovers diskutiert wird. Biden wird auch von katholischen Bischöfen kritisiert, weil er zwar Abtreibungen ablehnt, sie aber nicht wie die meisten evangelikalen und viele katholische Christen

als Verbrechen unter Strafe stellen will. Mitentscheidend für den Wahlausgang war, dass es Biden gelang, Trumps Anteil bei den evangelikalen Wählern von bisher rund vier Fünftel auf drei Viertel dieser Wählerschaft zu senken, bei den Katholiken von zwei Drittel auf knapp über die Hälfte.

Michael Gerson, ehemaliger Redenschreiber des republikanischen Präsidenten George W. Bush, bescheinigt Joe Biden religiöse Seriosität: „Ihn interessiert wirklich, was die Kirchenführer denken.“ Der unter Barack Obama im Weißen Haus für Religionsfragen zuständige Michael Wear ergänzte: „Er hört, was die Bischöfe zu sagen haben, selbst wenn er mit ihnen einmal nicht übereinstimmt.“

Alles in allem lässt die Wahl Joe Bidens die Hoffnung wachsen, dass im Weißen Haus wieder ein Mann sitzt, der auf Europa zugeht und sich vernünftig und berechenbar den großen Problemen der Gegenwart stellt – vor allem der Corona-Pandemie, dem Klimawandel, dem Terrorismus und der Erhaltung des Weltfriedens. Dass ihm starker Gegenwind entgegenbläst – seitens der immens starken Trump-Wählerschaft, aber auch seitens Russlands und Chinas, die mit Glückwünschen zu seiner Wahl sehr zögernd vorgingen –, ist freilich Anlass zu großer Sorge. ■

■ Biden wird von katholischen Bischöfen kritisiert, weil er zwar Abtreibungen ablehnt, sie aber nicht als Verbrechen unter Strafe stellen will.



Oliver Ressler, Arctic permafrost is less permanent than its name suggests, 2019  
 Courtesy the artist, àngels Barcelona, The Gallery Apart, Rome.  
 Foto: Oliver Ressler